

STADT VELBERT

NIEDERSCHRIFT

über die **Sitzung des Bezirksausschusses V.-Neviges**
am **Dienstag, dem 24.09.2019.**

(23. Sitzung)

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 19:35 Uhr

Sitzungsort: im Unterrichtsraum der Feuerwache Velbert-Neviges, Siebeneicker Str. 19

Unter dem Vorsitz des Ausschussvorsitzenden, Herrn Hübinger, sind anwesend:

a) die stimmberechtigten Ausschussmitglieder:

Frau Ammann	
Herr V. Athanassiou	für Herrn Rademacher
Frau Begus-Meyer	für Frau Tonscheid
Frau Doppke	
Frau Eisenstein	
Herr M. Gohr	
Herr Greco	
Herr Horn	
Frau Dr. Kanschat	
Herr Meinert	für Herrn Schröder
Herr Möller	
Herr Röhr (bis 19:00 Uhr; TOP 7)	für Herrn Dr. Pannen
Herr Selenin	für Herrn D. Athanassiou
Frau Todisco	

b) das beratende Ausschussmitglied:

Herr Weber

es fehlt entschuldigt:

Herr Worbs

c) die beratenden Ratsmitglieder:

Frau Hagling
Herr T. Küppers
Frau Meulenkamp
Herr Tonscheid

d) von der Verwaltung:

Herr Beigeordneter Ostermann

zugezogen:

Frau Dr. Frenzel (KVBV)
Frau Möller
Herr Steinhauer (TBV)

e) von der Presse im öffentlichen Teil:

zwei Vertreter der Tagespresse

f) als Schriftführer:

Herr Welte

Der Vorsitzende eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung des Bezirksausschusses Velbert Neviges, er begrüßt alle Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Bevor der Vorsitzende zur Genehmigung der Tagesordnung aufruft, berichtet er von der Baustellenbesichtigung des ehemaligen Rathauses in der Wilhelmstraße, dem Ortstermin vor der heutigen Sitzung.

Dieser Ortstermin habe dazu geführt, dass man nun wisse, wie das ehemalige Rathaus in der Wilhelmstraße weiter umgebaut werde und vor allen Dingen, dass es in der Sache weitergehe. Frau Dr. Kanschat (Bündnis 90/Die Grünen) spricht von einer „herben Enttäuschung“, da das Be-treute Wohnen dort nicht mehr vorgehen gesehen sei. Es sei wichtig die Bevölkerung davon in Kenntnis zu setzen.

Der Antrag der Fraktion UVB, den Tagesordnungspunkt 3 „*Stellungnahme der Stadt Velbert zum Entwurf der ersten Änderung des Regionalplanes in der Planungsregion Düsseldorf mit dem Titel „mehr Wohnbauland am Rhein“*“ infolge fraktionsinternen Beratungsbedarfs in der heutigen Sit-zung nicht zum Gegenstand der Beratung zu machen, wird bei 14 Gegenstimmen und einer Stimme dafür (UVB) und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Dagegen besteht im Ausschuss Einvernehmen, die nachgereichte Anfrage der Fraktion UVB „*Ver-lagerung der Altpapier-und Glascontainer auf kommerzielle Flächen*“ als neuen Tagesordnungs-punkt 2.2 in die Tagesordnung aufzunehmen.

Weitere Änderungswünsche hinsichtlich der Tagesordnung werden nicht geäußert, so dass der Ausschuss daraufhin folgende **Tagesordnung** genehmigt:

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Fragestunde für Einwohner
2. Anfragen
 - 2.1 Anfrage der Fraktion Die Linke
Die absolute und prozentuale Anzahl der Kulturprogramme in Velbert-Neviges

- 2.2 Anfrage der Fraktion UVB
Verlagerung der Altpapier- und Glascontainer auf "kommerzielle Flächen"
3. Stellungnahme der Stadt Velbert zum Entwurf der 1. Änderung des Regionalplanes in der Planungsregion Düsseldorf mit dem Titel „Mehr Wohnbauland am Rhein“
4. Satzung über die Anordnung einer Veränderungssperre im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 419 – Untere Wilhelmstraße – 1. Änderung
5. Antrag der Fraktion Die Linke
Instandsetzung der Bodenplatten auf der Lilienstraße
6. Antrag der Fraktion Die Linke
Installation von Kleinstspielgeräten in der Nevigeser Altstadt
7. Antrag der Fraktion Piraten Partei
Prüfauftrag: Coworking Spaces in Neviges errichten
8. Stadtentwicklung Neviges
- 8.1 Sanierung der Schlossanlage Hardenberg und Beschluss über dessen Nutzungskonzept
9. Bericht der Verwaltung über geplante Baumentnahmen
- 9.1 Entnahme von Bäumen auf Grundstücken der Stadt Velbert in Velbert Neviges.
- 9.2 Entnahme von Bäumen auf Grundstücken der TBV AÖR in Velbert Neviges.
10. Verkehrsangelegenheiten
11. Berichtswesen
12. Nachträge
13. Mitteilungen der Verwaltung
14. Verschiedenes

B. NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

15. Anfragen
16. Nachträge
17. Mitteilungen der Verwaltung
18. Verschiedenes
19. Bekanntgabe des wesentlichen Inhalts von in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüssen

Die Beratung der vorstehenden Tagesordnungspunkte führt zu folgenden **Ergebnissen:**

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Fragestunde für Einwohner

Auf die Fragen eines Einwohners hinsichtlich der bevorstehenden Erschließung der Donnerberger Straße unter Bezugnahme auf Tagesordnungspunkt 3, teilt der Vorsitzende mit, dass dies unter dem entsprechenden Tagesordnungspunkt thematisiert werde.

Herr Bodenstein beschreibt die Fahrbahn der Donnerberger Straße als „Trauerspiel“ und bittet um Abhilfe bzw. um eine „vernünftige Regelung“. Nach seiner Auffassung handelt es sich wohl hierbei um eine Kreisstraße.
Der Vertreter der TBV sagt eine Prüfung zu.

Herr Bodenstein schildert detailliert, dass die Ehrengräber auf diversen Friedhöfen keinen gepflegten Eindruck machen würde und dass obwohl die TBV für die Pflege der Ehrengräber Gelder bzw. Fördermittel seitens der Kriegsgräberfürsorge erhalten würden. Seitens des Vertreters der TBV wird der Erhalt von Fördergeldern bestätigt und hinsichtlich der Pflegeleistungen wird eine Prüfung zugesichert.

Herr Wulfhorst führt aus, dass die Verkehrsentwicklung in der Donnerberger Straße nicht mehr „tolerierbar“ sei. Es gelte zwar Tempo 30, aber kaum ein Verkehrsteilnehmer hielte sich daran. Vor ca. einem halben Jahr seien in der Straße bereits entsprechende Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt worden, aber geändert habe sich nichts. Aus diesem Grunde plädiert Herr Wulfhorst eindringlich für die Durchführung von Geschwindigkeitskontrollenden.
Die Verwaltung nimmt den Hinweis auf und sagte eine Weiterleitung an die Straßenverkehrsbehörde zu.

Zu Tagesordnungspunkt 3 führt Herr Wulfhorst aus, dass er den Beschlussvorschlag der Verwaltung, die Darstellung der Allgemeinen Siedlungsbereiche, besonders für die Fläche Dornenberger Straße, abzulehnen, sehr begrüße. Er stellt die Frage, wo die ca. 6200 Neubürger letztendlich herkommen sollten und vertritt die Auffassung, falls das so geschehen sollte, dass der Charakter des Stadtteils definitiv verloren gehe. Die derzeit noch existierende unberührte Natur würde dann Vergangenheit sein.

Zur Belebung der Innenstadt von Neviges schlägt Herr Wulfhorst vor, dass die Verwaltung eine temporäre Einrichtung von Gewerbebetrieben in leer stehenden Immobilien (wie zum Beispiel ehemals Rossmann) prüfen bzw. anbieten möge. Somit solle kleinen Betrieben die Möglichkeit eingeräumt werden, beispielsweise 2-3 Tage in der Woche ihr Gewerbe dort zu betreiben.

In diesem Zusammenhang begrüßt Herr Wulfhorst auch den von der Fraktion Piraten Partei eingebrachten Antrag unter Tagesordnungspunkt 7.
Weiter plädiert Herr Wulfhorst dafür, dass externes Fachpersonal eingestellt werden müsse, um die Innenstadtentwicklung von Neviges voranzubringen. Die Werbegemeinschaft Neviges könne dies (allein) nicht bewerkstelligen. Ein „Kordinator“ müsste nach Auffassung von Herrn Wulfhorst täglich vor Ort sein. Die Altstadtkonferenzen alleine reichen nicht aus, um die Innenstadt letztendlich weiter zu entwickeln.

Eine Bewohnerin der Diesterwegstraße trägt vor, dass vor ca. 6 Wochen Vermessungstechniker vor Ort gewesen seien und bittet um Angabe der Gründe bzw. um Mitteilung, was die Vermessungstechniker dort getan haben.

Der Vorsitzende teilt mit, dass seitens der Politik in Sachen einer möglichen Bebauung nichts diesbezügliches veranlasst worden sei. Die Vermessung müsse in einem anderen Zusammenhang stehen.

Der Vertreter der TBV nimmt den Hinweis auf und sagt eine Klärung zu.

2. Anfragen

2.1 Anfrage der Fraktion Die Linke

Die absolute und prozentuale Anzahl der Kulturprogramme in Velbert-Neviges

Vorlage: 304/2019

Auf die Anfrage der Fraktion Die Linke gibt Herr Beigeordneter Ostermann einen aktuellen Sachstandsbericht und verweist auf den Spielplan 2019-2020 des KVBV.

Es wird ausgeführt, dass der Kultur- und Veranstaltungsbetrieb zwischen März und Dezember 2018 insgesamt 70 Eigenveranstaltungen im Bürgerhaus Langenberg sowie der Vorburg Schloss Hardenberg und 50 Veranstaltungen in externen Bildungseinrichtungen mit insgesamt 11.551 Besuchern ausgerichtet habe.

Davon 59 in Neviges (überwiegend Kindertheater) und 11 in Langenberg. Somit seien auf Neviges 84 % der Eigenveranstaltungen entfallen.

Hinsichtlich der Musik- und Kunstschule teilt Herr Beigeordneter Ostermann mit, dass 12 Veranstaltungen im Kalenderjahr 2018 in Velbert-Neviges, die die Musik- und Kunstschule entweder veranstaltet habe oder bei der die Musik- und Kunstschule beteiligt gewesen sei, durchgeführt worden sind. Das entspreche ca. 10 % aller Veranstaltungen der Musik- und Kunstschule.

Zur VHS Velbert/Heiligenhaus teilt Herr Beigeordneter Ostermann mit, dass sich der Fragesteller diesbezüglich bitte an die Zweckverbandsversammlung VHS Velbert/Heiligenhaus wenden möge.

Weiter weist der Herr Beigeordnete Ostermann explizit auf die Seite 55 des aktuellen Spielplans des KVBV mit dem Titel „kostenlos mit Bus und Bahn ins Theater“ hin.

Zudem wird darauf aufmerksam gemacht, dass für die Veranstaltungen des Kinder- und Jugendtheaters ein Bustransfer eingerichtet worden sei, der durch die Schule genutzt werde.

Die Fraktion Die Linke moniert, dass die Verwaltung sich außerstande sehe, die entsprechenden Zahlen für die VHS präsentieren zu können.

Eine eigens durchgeführte Recherche habe ergeben, dass mittlerweile lediglich nur noch 4 % der VHS-Kurse in Neviges angeboten würden. Als Hauptgrund für den Rückgang des Angebotes von VHS-Kursen in Neviges wird aufgeführt, dass in Neviges nicht ausreichend genug öffentliche Räumlichkeiten zur Verfügung stünden. Es sei inakzeptabel, dass das Angebot der VHS für den Stadtbezirk Neviges so drastisch heruntergefahren worden sei.

Eine weitere Aussprache findet nicht statt.

Anfrage der Fraktion Die Linke

DIE LINKE. Fraktion bittet die Verwaltung, im Bezirksausschuss Velbert-Neviges folgende Fragen zu beantworten:

1. Die Anzahl der angebotenen Veranstaltungen im Kalenderjahr 2018 in Velbert, aufgeschlüsselt auf folgende Ebenen:
 - a. Veranstaltungen von städtischen Einrichtungen (KVBV), oder mit städtischen Fördermitteln
 - b. Veranstaltungen und Kurse durch die VHS Velbert / Heiligenhaus
 - c. Veranstaltungen und Kurse durch die Musikschule

2. Die absolute und prozentuale Anzahl dieser angebotenen Veranstaltungen im Bezirk Velbert-Neviges im Kalenderjahr 2018, aufgeschlüsselt auf folgende Ebenen:
 - a. Veranstaltungen von städtischen Einrichtungen (KVBV), oder mit städtischen Fördermitteln
 - b. Veranstaltungen und Kurse durch die VHS Velbert / Heiligenhaus
 - c. Veranstaltungen und Kurse durch die Musikschule

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

**2.2 Anfrage der Fraktion UVB
Verlagerung der Altpapier- und Glascontainer auf "kommerzielle Flächen"**
Vorlage: 373/2019

Nach der kurzer Einführung seitens des Vorsitzenden in die Thematik, gibt der Vertreter der TBV einen aktuellen Sachstandsbericht.

Es wird ausgeführt, dass die Wertstoffcontainer im Stadtgebiet gleichmäßig verteilt werden sollen. Die Standorte seien in der Vergangenheit und würden auch zukünftig so gewählt werden, dass insbesondere die Bürger/innen aus Wohngebieten die Möglichkeit haben, die Wertstoffe auch fußläufig entsorgen können.

Tankstellen bzw. ähnliche gelagerte Betriebe befinden sich in der Regel außerhalb der Wohngebiete und die Erreichbarkeit sei meistens nur mit einem Pkw gewährleistet.

Die Kameraüberwachung unterliege strengen Datenschutzbestimmungen die im Einzelfall geprüft werden müssten.

Auch im Bereich von Tankstellen können Vandalismus- und Brandschäden sowie die nicht ordnungsgemäße Entsorgung nicht ausgeschlossen werden.

Eine Einsparung von Kosten werde somit nicht gesehen, zumal auch zusätzlich Kosten für die privaten Aufsteller fällig würden.

Eine Aussprache findet nicht statt.

Anfrage der Fraktion UVB

Die Verwaltung möge bitte mitteilen bzw. prüfen, ob eine Verlagerung der Altpapier- und Glascontainer auf "kommerzielle Flächen" durchgeführt werden kann.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

3. Stellungnahme der Stadt Velbert zum Entwurf der 1. Änderung des Regionalplanes in der Planungsregion Düsseldorf mit dem Titel „Mehr Wohnbauland am Rhein“
Vorlage: 303/2019

Seitens der Verwaltung wird in die Thematik eingeführt, mittels einer PowerPoint-Präsentation der aktuelle Sachstand geschildert, der Verfahrensweg aufgezeigt und der Beschlussvorschlag in der vorliegenden Form detailliert begründet.

Aus der anschließenden Diskussion bleibt folgendes festzuhalten:

- Seitens der SPD-Fraktion wird grundsätzlich eher eine Art der Lückenbebauung bevorzugt als die Schaffung von Wohnraum auf der grünen Wiese. Eine weitere Bebauung auf den Flächen „Donnenberger Straße“ und „Teimberg“ werde von der SPD-Fraktion kategorisch abgelehnt.
- Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bezeichnet die Aufstellung der Kriterien für das durchgeführte Ranking als sehr skurril. Man könnte den Eindruck gewinnen, dass der Regionalrat Düsseldorf mit allen Mitteln versuchen wolle, Wohnungsbau durchzusetzen. Es sei sehr bedenklich, dass bei einer maximalen Punktevergabe von 140 Punkten beim Ranking bereits 40 Punkte ausreichen würden, um als geeignete Fläche ausgemacht werden zu können und nahezu 40 Punkte bereits vergeben würden, wenn das Gebiet bereits erschlossen sei. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen befürchtet, dass mit dieser Vorgehensweise die Aufgabe von vielen Grünflächen Velberts unabdingbar wäre.

Es wird die Auffassung vertreten, dass die im Flächennutzungsplan bisher ausgewiesenen Wohnbauflächen, auch für die neuen Wohnbedarfe ausreichen würden.

Zudem beantragt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte des Beschlussvorschlages.

- Der Vorsitzende findet die Formulierung zu Punkt 3 des Beschlussvorlageschlages der Verwaltung „viel zu weich“. Die Stellungnahme der Verwaltung müsse entsprechend überarbeitet werden. Es müsse deutlich gemacht werden, dass für den Bereich Velbert-Neviges keiner weiteren Wohnbauflächenentwicklung zugestimmt werde, die über den aktuellen Flächennutzungsplans hinausgehe.
- Die CDU-Fraktion lehnt eine weitere Bebauung im Bereich Sonnenberger Straße konsequent ab. Es gebe genügend andere Baugebiete. Es könne und dürfe nicht sein, dass die ganze Landschaft „zugepflastert“ werde.
- Seitens der Fraktion Velbert anders wird vermutet, dass selbst wenn hier im BZA-Neviges und im Rat der Stadt Velbert mit großer Mehrheit beschlossen werde, dass der Bereich Sonnenberger Straße für die Wohnbauflächenentwicklung nicht weiter herangezogen werden soll, der Regionalrat Düsseldorf aber eine andere Entscheidung diesbezüglich fällen werde. Die Entscheidungsfindung in Düsseldorf reiche jedoch alleine nicht aus, dass im Bereich Sonnenberger Straße tatsächlich zusätzlicher Wohnraum geschaffen würde. Denn das sei letztlich einzig und allein eine Entscheidung der politischen Ausschüsse der Stadt Velbert. Es müsse nicht hier vor Ort auch das umgesetzt werden, was von oben gewollt wird. Als Beispiel für eine ähnliche Situation wird der Bereich am „Esel“ aufgeführt. Gemäß des Gebietsentwicklungsplanes sei diese Fläche als Wohnfläche ausgewiesen, aber der Rat der Stadt Velbert habe letztendlich beschlossen, dass diese Fläche nicht bebaut werde.
- Die Fraktion Piraten Partei spricht sich dafür aus, dass versucht werden sollte, dafür Sorge zu tragen, dass die für Velbert-Neviges vorgesehenen Flächen erst gar nicht weiter für eine Wohnbauflächenentwicklung zur Diskussion stünden. Zudem müsse nach Auffassung der Fraktion Piraten Partei die Stellungnahme der Verwaltung viel „knackiger und negativer“ formuliert werden.

Der Vorsitzende beendet die Diskussion und stellt die abschließend nachfolgenden aufgeführten Punkte des Beschlusses getrennt zur Abstimmung.

Es besteht abschließend Einvernehmen darüber, dass über den ersten Punkt des Beschlussvorschlages der Verwaltung, der lediglich den Stadtbezirk Velbert-Langenberg betrifft, nicht abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

- 1) Die Darstellung der vorgeschlagenen ASB Reserven im Bereich Velbert-Langenberg können mitgetragen werden.
- 2) Die Darstellung der ASB Reserven im Bereich Velbert-Neviges, inklusive der ASB-Reserve „Asbruch“ auf Wuppertaler Stadtgebiet, werden in der geplanten Größenordnung abgelehnt. Die Bedarfe dieser Flächen sind zu einem großen Teil durch den regionalen Bedarf oder dem Bedarf der Stadt Wuppertal begründet.

Eine Wohnbauflächenentwicklung in dieser Größenordnung ginge mit gravierenden Eingriffen in das Orts- und Landschaftsbild einher. Zudem entstehen zusätzliche Bedarfe z.B. bei

der sozialen Infrastruktur wie z.B. Kita- und Schulplätze, deren Verfügbarkeit und Finanzierung gesichert werden müsste.

- 3) Für den Bereich Velbert-Neviges kann eine moderate Wohnbauflächenentwicklung zur Deckung des lokalen Bedarfes mitgetragen werden. Welche ASB-Reserven in welcher Größe entwickelt werden, muss in den nächsten Jahren eingehend geprüft werden. Wichtige Kriterien werden hier die verträgliche Einbindung in die Landschaft, die Herstellung einer leistungsfähigen und für die Anwohner verträglichen Erschließung sowie die Berücksichtigung der infrastrukturellen Leistungsfähigkeit des Ortskernes von Neviges sein.
- 4) Die Stadt Velbert hat aktuell die Fortschreibung ihres Handlungskonzeptes Wohnen beauftragt. Bei der zukünftigen Wohnbauflächenentwicklung sollen die Ergebnisse dieser Fortschreibung hinsichtlich der dort vorgeschlagenen zukünftigen quantitativen und qualitativen Bedarfe berücksichtigt werden.

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung

Im BZA-Neviges gefasster Beschluss:

Die Darstellung der ASB Reserven im Bereich Velbert-Neviges, inklusive der ASB-Reserve „Asbruch“ auf Wuppertaler Stadtgebiet, werden abgelehnt. Die Bedarfe dieser Flächen sind zu einem großen Teil durch den regionalen Bedarf oder dem Bedarf der Stadt Wuppertal begründet.

Eine Wohnbauflächenentwicklung ginge mit gravierenden Eingriffen in das Orts- und Landschaftsbild einher. Zudem entstehen zusätzliche Bedarfe z.B. bei der sozialen Infrastruktur wie z.B. Kita- und Schulplätze, deren Verfügbarkeit und Finanzierung gesichert werden müsste.

Beratungsergebnis: 14 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
1 Enthaltung (UVB)

Im BZA-Neviges gefasster Beschluss:

Für den Bereich Velbert-Neviges wird eine Wohnbauflächenentwicklung, die über den Flächennutzungsplan hinausgeht, abgelehnt.

Beratungsergebnis: 13 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
2 Enthaltungen (Die Linke; UVB)

Im BZA-Neviges gefasster Beschluss:

Die Stadt Velbert hat aktuell die Fortschreibung ihres Handlungskonzeptes Wohnen beauftragt. Bei der zukünftigen Wohnbauflächenentwicklung sollen die Ergebnisse dieser Fortschreibung hinsichtlich der dort vorgeschlagenen zukünftigen quantitativen und qualitativen Bedarfe berücksichtigt werden.

Beratungsergebnis: 14 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
1 Enthaltung(UVB)

4. Satzung über die Anordnung einer Veränderungssperre im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 419 – Untere Wilhelmstraße – 1. Änderung
Vorlage: 309/2019

Seitens der Verwaltung wird in die Thematik eingeführt, der aktuelle Sachstand geschildert und der Beschlussvorschlag begründet.

Zur Realisierung des Planungsziels, d. h. die Sicherstellung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung, die eine weitere Fortschreibung eines Trading-Down-Prozess in Neviges verhindert und den Ortskern schützt, sei demnach eine Änderung des Bebauungsplans erforderlich. Dabei sollen die Instrumente der Bauleitplanung auch die Funktion erfüllen, erkennbare Fehlentwicklungen einzelner Grundstücke während der Planaufstellung zu verhindern.

Es bestehe ein städtebauliches Erfordernis, dem drohenden Missstand durch leerstehende Gewerbebauten vorzubeugen. Um zu gewährleisten, dass sich während des Aufstellungsverfahrens keine Vorhaben entwickeln und zugelassen werden müssen, die der Planung zuwiderlaufen, sei die parallele Anordnung einer Veränderungssperre mit einer Laufzeit von zwei Jahren, erforderlich.

Auf konkrete Nachfrage der Fraktion Velbert anders teilt die Verwaltung mit, dass ein Baugesuch bisher noch nicht vorliegen würde. Es würde mit der Satzung über die Anordnung einer Veränderungssperre versucht, zu verhindern, was zu verhindern gehe.

Beschluss:

Die Satzung über die Anordnung einer Veränderungssperre im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 419 – Untere Wilhelmstraße – 1. Änderung wird beschlossen.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5. Antrag der Fraktion Die Linke
Instandsetzung der Bodenplatten auf der Lilienstraße**
Vorlage: 363/2019

Der Antrag ist von der Fraktion Die Linke zu Beginn der Sitzung zurückgezogen worden, da die Instandsetzung der Bodenplatten auf der Lilienstraße zwischenzeitlich erfolgt sei.

Antrag der Fraktion Die Linke

Die TBV AöR wird beauftragt, umgehend die Instandsetzung der Bodenplatten auf der Lilienstraße anzugehen, um eine Sturzgefahr für den Bürger auszuschließen.

Beratungsergebnis: Zurückgezogen

**6. Antrag der Fraktion Die Linke
Installation von Kleinstspielgeräten in der Nevigeser Altstadt**
Vorlage: 364/2019

Die Fraktion Die Linke verzichtet auf eine Erläuterung ihres Antrages, da dieser selbsterklärend sei.

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird angeregt, diesen Antrag mit in das Integrierte Handlungskonzept einfließen zu lassen. Es wird die Befürchtung geäußert, dass man mit einer heutigen Beschlussfassung der Konzeption vorgreifen würde.

Die Fraktion Velbert anders wirft die Frage auf, was alles zur Nevigeser Altstadt gehöre.

Seitens der Verwaltung wird darauf verwiesen, dass die Elberfelder Straße infolge des Integrierten Handlungskonzeptes neu gestaltet würde und die Installation von Kleinstspielgeräten eines von mehreren Themengebieten sei.

Die Verwaltung kündigt an, die Anregung bzw. den Antrag der Fraktion Die Linke entsprechend bei Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes zu berücksichtigen.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden erklärt sich der Antragsteller, aufgrund der Zusage der Verwaltung, damit einverstanden auf eine Abstimmung zu verzichten.

Antrag der Fraktion Die Linke

Die Verwaltung wird beauftragt, die Installation von Kleinstspielgeräten in der Nevigeser Altstadt zu prüfen.

Beratungsergebnis: Der Antragsteller hat auf eine Abstimmung unter der Voraussetzung, dass die Thematik „Installation von Kleinstspielgeräten in der Nevigeser Altstadt“ in das Integrierte Handlungskonzept aufgenommen wird, verzichtet.

7. Antrag der Fraktion Piraten Partei Prüfauftrag: Coworking Spaces in Neviges errichten Vorlage: 365/2019

Seitens des Antragstellers wird der Antrag detailliert begründet, für die Umsetzung der Maßnahme eindringlich plädiert und in Anlehnung an einen Bericht in der WZ dahingehend erweitert, dass die Verwaltung prüfen möge, entsprechende Pop up Stores einzurichten bzw. anzubieten.

Um gegen die Leerstände in der Nähe der Nevigeser Innenstadt vorzugehen, schlägt die Fraktion Piraten Partei vor, sogenannte „Coworking Spaces“ einzurichten. Das seien gemeinschaftlich genutzte Büroflächen, die in Neviges entstehen sollen, um damit neue Firmen, gerade aus der Digitalbranche, anzulocken. Statt ein Büro dauerhaft zu betreiben, werde lediglich eins für kurze Zeit gemietet.

In den Räumlichkeiten würden Schreibtisch, Netzwerk, Drucker, Scanner, Besprechungsräume etc. zur Verfügung gestellt werden.

Die Fraktion Piraten Partei möchte, dass die Stadt Velbert durch ihr Netzwerk entsprechende Investoren suche oder selber in der Sache tätig werde.

Man müsse neue Wege gehen, seit Jahren seien viele Versuche unternommen worden, ohne letztendlich tatsächlich voranzukommen. Man habe praktisch in der Sache selbst nichts zu verlieren, da die Geschäftsräume leer stünden.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beschreibt die Coworking Spaces als eine „super Sache“ und schlägt vor, die Maßnahme nicht lediglich auf den Stadtbezirk Neviges zu begrenzen, sondern auf die ganze Stadt auszuweiten. Coworking Spaces seien wichtig, das könne zu einer schnelleren Besetzung der Ladenlokale führen. Solche Räumlichkeiten würden eine große Möglichkeit für viele kleine Unternehmen bedeuten.

Zudem handele es sich hier um einen Prüfauftrag, das sollte bei der Entscheidungsfindung / Abstimmung berücksichtigt werden. Es würde nichts umgesetzt, sondern lediglich geprüft werden.

Seitens der Fraktion Velbert anders wird kritisch hinterfragt, ob die Zurverfügungstellung von Coworking Spaces mit den Zielen der Altstadtkonferenz in Einklang stünden. Entscheidungen sollten auf einer Ebene und gemeinsam in eine Richtung erfolgen.

Die Verwaltung teilt mit, dass sich die Wirtschaftsförderung stets mit der Entwicklung der Nevigeser Innenstadt beschäftige und dies nunmehr noch intensiver, da ein Quartiersarchitekt zur Innenstadtentwicklung von Neviges zwischenzeitlich eingestellt worden sei. Die Verwaltung sichert zu, den Antrag der Fraktion Piratenpartei zuzüglich einer möglichen Realisierung von Pop up Stores und Coworking Spaces zu prüfen und in die Überlegungen / Konzepte entsprechend einfließen zu lassen.

Weiter trägt die Verwaltung vor, dass bisher keine Anzeichen von Investoren und / oder Eigentümern erkennbar gewesen seien, entsprechende Coworking Spaces und / oder Pop up Stores zu realisieren.

Antrag der Piraten-Fraktion

Es wird beantragt zu prüfen, welche Ressourcen die Innenstadt von Neviges für das Vorhaben, solche Coworking Spaces einzurichten, bietet:

- Räumlichkeiten: Beispielsweise ehemalige Gassmann-Räume - perspektivisch sind auch Zweigstandorte in anderen leerstehenden Ladenlokalen denkbar
- Investoren: Ansprache auch durch die Stadt Velbert

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung

Im BZA-Neviges gefasster Beschluss:

Es wird beantragt zu prüfen, welche Ressourcen die Innenstadt von Neviges für das Vorhaben, solche Coworking Spaces einzurichten, bietet:

- Räumlichkeiten: Beispielsweise ehemalige Gassmann-Räume - perspektivisch sind auch Zweigstandorte in anderen leerstehenden Ladenlokalen denkbar

Investoren: Ansprache auch durch die Stadt Velbert

Zudem wird die Verwaltung beauftragt, die Möglichkeit der Errichtung von Pop-up-Store's zu prüfen bzw. leerstehende Geschäftsräume für solche kurzfristigen und provisorischen Einzelhandelsgeschäfte anzubieten.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

8. Stadtentwicklung Neviges

8.1 Sanierung der Schlossanlage Hardenberg und Beschluss über dessen Nutzungskonzept

Vorlage: 344/2019

Seitens der Verwaltung in Person von Frau Möller, Leiterin des Planungsamtes, und Frau Dr. Frenzel, Betriebsleiterin KVBV, wird in die Thematik eingeführt, mittels einer PowerPoint-Präsentation der aktuelle Sachstand geschildert, der weitere Verfahrensweg aufgezeigt und der Beschlussvorschlag in der vorliegenden Form detailliert begründet.

Durch Aufnahme des Schlosses Hardenberg ins Sonderprogramm Denkmalschutz des Bundes seien zwischenzeitlich Fördermittel in Höhe von ca. 4,2 Millionen € für die denkmalgerechte Sanierung und die Herrichtung für eine zukünftige Nutzung zugesagt worden. Bevor die Stadt, die dieselbe Summe noch einmal mit Eigenmitteln aufbringen muss, mit den Arbeiten jedoch fortfahren könne, sei vorab ein entsprechendes Nutzungskonzept erforderlich.

Es sei vorgesehen, dass der Startschuss für die Umsetzung des Nutzungskonzeptes mit dem Ratsbeschluss (Sitzung 8.10.2019) fallen soll und der erforderliche Förderantrag noch vor Jahresende eingereicht werden könne.

Für das Jahr 2020 seien Planung, Baugenehmigung und Ausschreibung vorgesehen. Der Baubeginn im Schloss und im Mühlengebäude sei für Anfang 2021 geplant. In den Jahren 2020 und 2021 soll außerdem der Wettbewerb zur Gestaltung der Außenanlagen ausgeschrieben werden. Das Verfahren zur Erarbeitung der Erlebniswelt soll im Jahr 2022 und die Umgestaltung der Außenanlagen im Jahr 2023 beginnen.

Der Abschluss der Bauarbeiten sowie die Eröffnung des Schlosses und der Gastronomie im Mühlengebäude sind im Jahre 2024 vorgesehen.

Seit Beginn des Jahres 2017 habe die Verwaltung eine Konzeption zur Nutzung und Gestaltung des Schlosses entwickelt. Unterstützt sei sie durch den nicht-öffentlichen „Ausschuss Schloss Hardenberg“, bestehend aus Vertretern sämtlicher Ratsparteien, des Fördervereins Schloss Hardenberg, sowie des Bergischen Geschichtsvereins. Außerdem sind die Ergebnisse einer Bürgerbeteiligung mit eingeflossen.

Das sanierte Schloss, inklusive des Mühlengebäudes und der Außenanlagen, soll als „Erlebniszentrum Naturraum Neanderland“ Touristen nach Neviges locken.

Bei dem Nutzungskonzept sei vor allem wichtig gewesen, die Würde dieses Ortes auf der einen Seite zu wahren, aber gleichzeitig Leben in die historische Anlage zu bringen. Das nunmehr vorgelegte Konzept bestehe aus mehreren Bausteinen:

Das Veranstaltungs- und Begegnungszentrum in der Vorburg werde um den Rittersaal und seine Vorräume ergänzt und biete Platz für kulturelle Veranstaltungen, für private Feiern (z.B. Hochzeiten), Firmenveranstaltungen und / oder Repräsentationstermine. Im Erdgeschoss des Schlosses soll ein Information- und Servicezentrum zum Neanderlertal entstehen.

Im großen Saal des ersten Obergeschosses und im Westflügel werde eine Erlebniswelt „Du bist Natur“ eingerichtet.

In den Kasematten und den Wehrtürmen soll eine Ausstellung zur Historie der Schlossanlage realisiert werden.

Ein weiterer Baustein sei die geplante Gastronomie im ehemaligen Mühlengebäude. Schließlich sei vorgesehen, den großen Außenbereich neu zu gestalten.

Neben der Erstellung des Nutzungskonzeptes seien die Sanierung und die Umbaupläne für die Gebäude erstellt und mit der unteren Denkmalbehörde und dem LVR-Amt für Denkmalpflege abgestimmt worden.

Zu den Sanierungsplänen seien Kosten in Höhe von rund 8,9 Mio. € ermittelt worden, eine entsprechende Kostensteigerung für die Umsetzung in den Jahren 2020 bis 2024 sei hier bereits enthalten.

Die Mehrkosten in Höhe von rund 570.000,- € gegenüber der ursprünglichen Kalkulation müsse die Stadt ebenso, wie unerwartete Mehrkosten, selber finanzieren.

Die finanziellen Mittel seien jedoch bereits in den Haushalt eingestellt worden.

Außerdem sei eine Förderung des Eigenanteils durch andere Fördergeber wie das Land NRW oder die Deutsche Stiftung Denkmalschutz noch möglich.

Aus der anschließenden Beratung bleibt folgendes festzuhalten:

- Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zeigt sich begeistert von dem Konzept. Es klingt in sich stimmig. Eine Vollgastronomie im Mühlengebäude wird als ganz wichtig angesehen. Bei dem Konzept handele es sich um ein abgeschlossenes Konzept und es sei das beste Konzept, was seit Jahren vorgestellt worden sei. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen weist explizit darauf hin, dass die Wehrgänge zur Heimat von Fledermäusen geworden seien und plädiert für entsprechende Berücksichtigung / Einhaltung des Artenschutzes für die Tiere bei der Durchführung entsprechender Maßnahmen.
Auf Nachfrage teilt Verwaltung mit, dass die Bauaufsicht aufgrund eines fehlenden Rettungsweges es untersagt habe, dass Personen die Wehrgänge derzeit betreten können.
- Der Vorsitzende schlägt vor, dass jetzt grds. keine Diskussion in Detailfragen erfolgen sollte.
Er hält fest, dass für die noch bevorstehende Gestaltung des Außenbereiches noch weitere Vorschläge eingeholt werden sollten.
Dem Konzept könne er inhaltlich voll zustimmen und man könne merken, dass man in der Sache endlich voran komme und nunmehr auch „etwas Vernünftiges dort passiere“.
- Seitens der Fraktion Piraten Partei wird dem vorliegenden Konzept zugestimmt und es wird ausdrücklich begrüßt, dass das alte geliebte Schloss nunmehr fit für die Zukunft gemacht werde.
- Die Fraktion Die Linke hätte einen anderen „großen Wurf“ als Vorschlag der Verwaltung für die weitere Nutzung des Ensembles Schloss Hardenberg erwartet. Mit der Umsetzung des Konzeptes komme kein Leben ins Schloss und Neviges dadurch nicht dadurch nach vorne.
- Seitens der Fraktion Velbert anders wird das Konzept als „toll und wirklich klasse“ beschrieben.
Man sei froh, dass sich endlich in der Sache etwas tue.
- Die CDU-Fraktion stimmt dem Konzept der Verwaltung zu und man begrüße es, dass es nunmehr mit dem Ensemble Schloss Hardenberg vorangehe.

Beschluss:

1. Das Nutzungskonzept Schloss Hardenberg wird beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Basis der baulichen Konzeption das Antragsverfahren zur Förderung durch den Bund durchzuführen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, weitere Förderanträge zu stellen, um den Eigenanteil in der Maßnahme zu reduzieren.
4. Die Stadt Velbert wird beauftragt, die Baumaßnahme gemäß dem Nutzungskonzept umzusetzen.
5. Der Rat der Stadt Velbert erklärt, dass alle notwendigen Eigenmittel zur Umsetzung der Baumaßnahmen bereitgestellt werden.

Beratungsergebnis: 13 Stimmen dafür
1 Stimme dagegen (Die Linke)
0 Enthaltungen

Hinweis: Herr Röhr (Bündnis 90/Die Grünen) ist zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht mehr anwesend.

9. Bericht der Verwaltung über geplante Baumentnahmen**9.1 Entnahme von Bäumen auf Grundstücken der Stadt Velbert in Velbert Neviges.**

Vorlage: 271/2019

Nach kurzer Einführung seitens des Vorsitzenden weist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen darauf hin, dass 10 Bäume entnommen werden sollen und lediglich 4 Ersatzpflanzungen vorgesehen seien.

Das sei auf Dauer nicht leistbar.

Es werde abgelehnt, dass sich infolge der geringen Anzahl von vorzunehmenden Ersatzpflanzungen die Anzahl der sich in Velbert befindlichen Bäume stetig verringere.

Die Tatsache, dass die beschriebenen Bäume entnommen werden müssen, werde nicht bezweifelt.

Hinsichtlich der vorzunehmenden Ersatzpflanzungen wird seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eindringlich dafür plädiert, dass die in der Sondersitzung des Rates vom 17.9.2019 in Auftrag gegebene Ersatzpflanzungsregelung im Zusammenhang mit den hier zu entnehmenden Bäumen erstmalig Anwendung finden sollte.

Der Vorsitzende stellt aufgrund der Beratung den Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht zur Abstimmung, sondern formuliert unten aufgeführten Beschluss des BZA-Neviges.

Die abschließende Verständnisfrage des Vertreters der TBV, ob die Ersatzpflanzungen nach Art und Umfang der noch zu beschließenden Ersatzpflanzungsregelung vorzunehmen seien, wird vom Vorsitzenden bejaht.

Beschluss:

Den Baumfällungen wird zugestimmt.

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung

Im BZA-Neviges gefasster Beschluss:

Den Baumentnahmen wird zugestimmt.

Die vorzunehmenden Ersatzpflanzungen erfolgen entsprechend der noch zu verabschiedenden künftig geltenden neuen Regelung.

(Beschlussfassung des Rates in seiner Sitzung vom 17.9.2019)

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

9.2 Entnahme von Bäumen auf Grundstücken der TBV AöR in Velbert Neviges.

Vorlage: 274/2019

Die Tagesordnungspunkte 9.1 und 9.2 sind zusammengefasst beraten worden. Der Verhandlungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt 9.1 aufgeführt.

Beschluss:

Den Baumfällungen wird zugestimmt.

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung

Im BZA-Neviges gefasster Beschluss:

Den Baumentnahmen wird zugestimmt.

Die vorzunehmenden Ersatzpflanzungen erfolgen entsprechend der noch zu verabschiedenden künftig geltenden neuen Regelung.

(Beschlussfassung des Rates in seiner Sitzung vom 17.9.2019)

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

10. Verkehrsangelegenheiten

Seitens der SPD-Fraktion wird eine gefährliche Verkehrssituation am Ende der Hügelsstraße / Abbiegung Asbrucher Straße detailliert beschrieben.

Durch parkende Fahrzeuge werde die Hügelsstraße insbesondere auf den letzten 100 bis 150 m quasi einspurig. Das führe dazu, dass der Begegnungsverkehr in diesem Bereich keinen ausreichenden Platz mehr habe, um aneinander vorbei fahren zu können.

Der sich bildende Rückstau habe bis auf die Asbrucher Straße gereicht.

Im beschriebenen Bereich würden auch Lkw über 7,5 t und Anhänger regelmäßig abgestellt. Hierfür wird angeregt, verstärkte Kontrollen und Sanktionierungen seitens des Ordnungsamtes durchzuführen.

Die SPD-Fraktion schlägt vor, die bestehende Halteverbotszone von 100 m um eine weitere von ca. 50 m zu verlängern und somit zu einer Entspannung der angespannten Verkehrssituation beizutragen.

Anmerkung zur Niederschrift:

Nach Rücksprache mit den technischen Betrieben Velbert ist am 25. September 2019 eine beidseitige Halteverbotsstrecke gemäß beigefügtem Plan angeordnet worden, um die etwaigen gefährlichen Rückstauungen auf der Asbrucher Straße zu verhindern und überschaubaren Gegenverkehr auf der Hügelsstraße zum Neubaugebiet Lohsiepen zu ermöglichen.

Der Vorsitzende berichtet darüber, dass die Sonnenberger Straße als Abkürzungsstrecke von vielen Verkehrsteilnehmern genutzt würde und bittet um Prüfung, was unternommen werden könne, damit der viele Durchgangsverkehr auf dieser Straße unterbunden werde.

Der Vertreter der TBV sagt eine Prüfung zu.

11. Berichtswesen

Vorlage: 11/2019 3. Ergänzung

Das Berichtswesen ist Bestandteil der Einladung zu der heutigen Sitzung des BZA-Neviges gewesen. Die Verwaltung nimmt auf Fragen aus dem Ausschuss zu einzelnen Punkten des Berichtswesens Stellung und erläutert die jeweiligen Sachverhalte / Entscheidungen detailliert und / oder konkretisiert Antworten nochmals.

Da die Frage der Fraktion Velbert anders hinsichtlich des konkreten Termins zur Beseitigung der Straßenschäden an der Autobahnbrücke Kuhlendahler Straße ad hoc nicht beantwortet werden kann, sagt der Vertreter der TBV eine Klärung bzw. diesbezügliche Kontaktaufnahme mit dem zuständigen Landesbetrieb Straßen NRW zu.

Auf die Frage der CDU-Fraktion wie lange die Verwaltung die Realisierung einer dringend benötigten 2. Zuwegung für das Wohngebiet Wimmersberg noch prüfen wolle, teilt die Verwaltung mit, dass noch kein Licht am Ende des Tunnels in der Sache zu erkennen sei. Die derzeitigen Grundstücksverhältnisse lassen eine Realisierung einer 2. Zuwegung nicht zu.

Seitens der Fraktion Die Linke wird darauf hingewiesen das auf dem Parkplatz „Berger Stübchen“ eine zusätzliche Laterne im Bereich der dortigen Hecke installiert werden müsse. Dieser Bereich sei nicht genügend ausgeleuchtet.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen moniert die diesbezügliche Antwort der Verwaltung im Berichtswesen. Die Antwort, dass der Platz im Zuge des Ausbaus Quartier Bogenstraße mit erneuert werde, gebe keine Antwort darauf, ob eine Lampe dort installiert wird oder nicht. Die Antwort der Verwaltung hätte keinerlei Aussagekraft.

Der Vertreter der TBV sichert eine entsprechende aussagekräftige Rückmeldung zu.

Die Antwort der Verwaltung auf die Frage warum an der Bushaltestelle Lilienstraße in Fahrtrichtung Wuppertal die dortige Unterstellmöglichkeit abgebaut worden sei, wird seitens der Fraktion Velbert anders als wenig aussagekräftig beschrieben und beanstandet. Die Aussage, dass es sich hierbei um eine Wartehalle der DSM handeln würde und Verträge unter Federführung der VMG laufen würden, lasse keinerlei Rückschlüsse für den Verbleib der Unterstellmöglichkeit zu.

Die Verwaltung sagt eine abschließende Klärung in der Sache zu.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

12. Nachträge

Nachträge liegen nicht vor.

13. Mitteilungen der Verwaltung

Es erfolgen keine Mitteilungen der Verwaltung.

14. Verschiedenes

Seitens der CDU-Fraktion wird detailliert beschrieben, dass der Gehweg der Kirchstraße, beginnend ab Hausnummer 5, nicht mehr „nutzbar“ sei. Die TBV werden gebeten, den Weg wieder in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen.

Der Vertreter der TBV sagt eine Prüfung / Erledigung zu.

Seitens der Fraktion Velbert anders wird aufgezeigt, dass ein Baum auf der Parkfläche gegenüber der Stadthalle entfernt worden sei und es wird bezweifelt, dass für diese Entnahme ein entsprechender Beschluss im Ausschuss gefasst worden sei.

Der Vertreter der TBV sagt eine entsprechende Überprüfung zu, ob die Aussage der CDU-Fraktion, dass diese Entnahme beschlossen worden sei, stimme.

Ende der öffentlichen Sitzungen gegen 19:32 Uhr

Für die Richtigkeit der Niederschrift:

_gez._____
(Hübinger)
Vorsitzender

_gez._____
(Welte)
Schriftführer